

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis XIII

AbkürzungsverzeichnisXXXIII

Einleitung 1

I. Die Bedeutung des Begriffs der Zahlungsunfähigkeit1

II. Anliegen dieser Studie2

Teil 13

A. Bedeutung und verfassungsrechtlicher Hintergrund der Eröffnungsgründe3

I. Der entscheidungsrelevante Zeitpunkt für das Vorliegen der Zahlungsunfähigkeit (BGH IX ZB 204/04)3

1. Sachverhalt3

2. Die Argumentation des BGH.....4

 a) Wortlaut und systematische Auslegung der InsO4

 b) Teleologische verfassungsrechtliche Argumentation.....5

 c) Der Rechtsschutzgedanke Art 19 IV GG6

3. Verfassungsrechtliche Einordnung der Eröffnungsgründe6

 a) Die Rechtsnatur des Insolvenzrechts.....7

 b) Erfordernis der Zuordnung8

 c) Qualifizierung der Eröffnungsgründe9

 d) Der verfassungsrechtlich Maßstab der Eröffnungsgründe.....11

 (1) Verfassungsmäßigkeit der Norm11

 (2) Verfassungsrechtliche Erwägungen für die Auslegung.....11

 (3) Der Interessenausgleich bei der verfassungskonformen Auslegung.....12

 (a) Der Staat.....12

 (b) Der Schuldner14

 (4) Zwischenergebnis15

4. Weitere verfassungsrechtliche Erwägungen im Zusammenhang mit dem Verfahrenscharakter des Eröffnungsverfahrens	15
a) Die Sachverständigenentscheidung (BGH IX ZB 133/03)	16
b) Insolvenzordnung streitige oder freiwillige Gerichtsbarkeit	16
c) Die Argumentation des BGH im verfassungsrechtlichen Kontext	18
d) Diskussion und Stellungnahme	19
5. Diskussion Beschluss BGH IX ZB 204/04	20
a) Ansicht des BGH	20
b) Ansicht Nölls	23
c) Streitentscheid	25
6. Ergebnis	27
II. Der Zeitpunkt der letzten Tatsachenentscheidung (BGH IX ZB 144/07)	27
1. Sachverhalt	28
2. Rechtliche Einordnung	28
B. Ergebnis Teil 1	29
 Teil 2	 31
A. Die Zahlungseinstellung § 17 II S. 2 InsO	31
I. Die Dogmatik der Zahlungseinstellung	31
1. Systematik und Wortlaut des § 17 II S. 2 InsO	31
2. Teleologische Auslegung des § 17 II S. 2 InsO	32
3. Zwischenergebnis	33
4. Die Zahlungseinstellung als eigener Eröffnungsgrund	33
a) Die Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit	34
b) Die wirtschaftskriminalistische Ermittlungsmethode der Zahlungseinstellung	35
5. Diskussion und Stellungnahme	35
II. Verfassungsrechtliche Betrachtungsweise der Zahlungseinstellung	36
1. Problematik der Regelvermutung mit Verfassungsrecht	37
2. Lösungsansatz Interessenausgleich durch Abwägung	38
III. Die abstrakten Anforderungen an die objektiven Kriterien der Zahlungseinstellung	38
1. Konnexität zwischen Zahlungsunfähigkeit und Zahlungseinstellung	39
2. Erkennbarkeit	39
3. Verfassungskonforme Auslegung und Interessenabwägung	40

4. Ergebnis.....	41
IV. Die Rechtsprechung des BGH zur Zahlungseinstellung	41
1. Die Nichtzahlung von Löhnen als Indiz der Zahlungseinstellung (BGH IX ZR 38/04)	41
a) Sachverhalt	41
b) Entscheidung	42
c) Diskussion	43
(1) Die Nichtzahlung als objektives Kriterium	43
(2) Die Nichtzahlung von Löhnen im verfassungsrechtlichen Kontext	44
2. Die Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen als Indiz der Zahlungseinstellung (BGH IX ZB 238/05)	45
a) Sachverhalt	45
b) Entscheidung	46
c) Diskussion	47
V. Ergebnis zur Zahlungseinstellung.....	48
B. Die Zahlungsunfähigkeit gemäß § 17 II S. 1 InsO.....	49
I. Einleitung.....	49
II. Die objektiven Kriterien der Zahlungsunfähigkeit (BGH IX ZB 123/04)	49
III. Die objektiven Kriterien	50
1. Die Zahlungsstockung	50
2. Die 10 % Regelung	53
a) Das Merkmal der Wesentlichkeit und die Position des Gesetzgebers bei der Reform	53
b) Die unterschiedlichen Ansätze zur Wesentlichkeit in Literatur und Rechtsprechung bis zur BGH Entscheidung	54
c) Die Argumentation des BGH	55
d) Die Kritik der Literatur	57
e) Diskussion und Stellungnahme	59
3. Das Kriterium der Drei Wochenfrist	55
a) Das Merkmal der Dauerhaftigkeit als Orientierung	55
b) Die Argumentation des BGH	56
c) Kritik der Literatur	57
d) Diskussion und Stellungnahme	59
4. Die kreditwürdige Person zu Zeiten von Basel II und III.....	72
5. Zeitraum- und Zeitpunktiliquidität	74
a) Zeitraumilliquidität	74
b) Zeitpunktiliquidität	75
c) Meinungsstand Literatur	75

d) Das Urteil des BGH und Stellungnahme	77
6. Die besonderen Umstände als Korrektiv und Prognose	78
a) Die Argumentation des BGH	79
b) Die Kritik der Literatur	80
c) Diskussion und Stellungnahme zu den besonderen Umständen	81
d) Der eröffnete Prognosezeitraum und die Gefahren der Konkretisierung der besonderen Umstände nach dem BGH und dem AG Hamburg	86
(1) Die Entscheidungen des AG Hamburg und des BGH	87
(a) Der eröffnete Prognosezeitraum nach Auffassung des BGH (BGH IX ZB 36/07)	87
(b) Der eröffnete Prognosezeitraum nach Auffassung des AG Hamburg (AG Hamburg 67 C IN 443/07)	87
(2) Der Prognosezeitraum	88
(a) Der Prognosezeitraum nach Auffassung des BGH	88
(b) Der Prognosezeitraum nach Auffassung des AG Hamburg	88
(c) Der eröffnete Prognosezeitraum in der Literatur	89
(d) Stellungnahme und Diskussion zum Prognosezeitraum	89
(3) Die Gefahren der besonderen Umstände	95
7. Gesamtergebnis zu den objektiven Kriterien	97
IV. Die verschiedenen Prognoseermittlungsmethoden	98
1. Die Liquiditätsbilanz und die Liquiditätskennzahl	98
2. Der Finanzstatus	100
a) Der Liquiditätsbegriff des BGH	101
b) Der Liquiditätsbegriff der Literatur	101
c) Das Bugwellenmodell	101
d) Diskussion und Stellungnahme	103
3. Der Finanzplan	107
a) Die Notwendigkeit der Erstellung eines Finanzplans	107
(1) Die 10% Marke als Auslöser für den Finanzplan	107
(2) Der BGH	108
(3) Die übrige Literaturauffassung	109
(4) Stellungnahme	109
(5) Ergebnis	112
b) Die fälligen Verbindlichkeiten	112

(1) Die fälligen Verbindlichkeiten nach Auffassung des BGH (BGH IX ZB 36/07)	112
(2) Die Auffassung des BGH	113
(3) Diskussion der Auffassung des BGH in der Literatur	114
c) Die verschiedenen Berechnungsmodelle	123
(1) Das Schwellenwertmodell	124
(2) Das Bugwellenmodell	124
(3) Der Finanzplan	125
(4) Fazit	126
4. Gesamtergebnis zu den Prognoseformen	127
V. Die Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit nach dem IDW PS 800	128
1. Allgemeine Betrachtung des IDW	128
a) Aufbau und Struktur des IDW	128
b) Aufgaben des IDW	128
c) Die Prüfungsstandards und deren Entstehung	129
d) Zusammenfassung	130
2. IDW PS 800	131
a) Übersicht über den Aufbau des IDW PS 800	131
b) Die 10 % Regelung und die dauerhafte Unterdeckung	132
(1) Die Position des BGH	132
(2) Die Position des IDW	133
(3) Stellungnahme des FAS zum Prüfungsstandard	134
(4) Stellungnahme Frystatzki	134
(5) Diskussion und Stellungnahme	135
c) Die Drei Wochenfrist	137
(1) Die Drei Wochenfrist des BGH	137
(2) Die Drei Wochenfrist gemäß IDW PS 800	137
(3) Auffassung Frystatzki	137
(4) Diskussion und Stellungnahme	138
d) Der Finanzstatus gemäß IDW	130
(1) Die Fälligkeit gemäß IDW PS 800	130
(2) FAS Ergänzungen zum Finanzstatus	131
(3) Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Finanzstatus sowie die Zweifelsregelung des IDW	132
e) Die besonderen Umstände	136
(1) Der BGH	136
(2) Das IDW	136
(3) Stellungnahme	137
f) Einreden und Einwendungen	138

g) Der Finanzplan.....	149
(1) Die ersten drei Wochen	150
(2) Der Prognosezeitraum für die besonderen Umstände	151
(3) Ergebnis	151
h) Die Adressaten des IDW PS 800	152
i) Mögliche Haftung bei Verstößen gegen den IDW PS 800.....	152
j) Gesamtstellungnahme zum IDW PS 800	155
VI. Gesamtergebnis BGH IX ZR 123/04 und IDW PS 800	155
C. Ergebnis Teil 2	156
 Teil 3.....	 157
Schluss	157